

FAMILIEN STUFENWEISE ENLASTEN

SPD FORDERT GEBÜHRENFREIE KITAS

Die SPD fordert die stufenweise Abschaffung der Kita-Gebühren in Hessen ab 2017. In einem ersten Schritt sollen Eltern beim zweiten Kindergartenjahr in dem Umfang entlastet werden, in dem das letzte Kindergartenjahr bereits beitragsfrei ist. Mittelfristig sollen alle Elterngebühren für Kitas und Krippen entfallen.

Thorsten Schäfer-Gümbel sagte zu einem entsprechenden Gesetzentwurf der SPD: „Chancengleichheit in der Bildung ist eines unserer wesentlichen politischen Ziele. Die Bildung von Kindern darf in Zukunft nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deshalb



fordern wir, Bildung gebührenfrei zu machen. Das gilt bereits für Schule und Studium und soll sich in Zukunft auch auf die hessischen Kitas erstrecken. Denn Gebühren bilden Bildungsbarrieren, die die Chancengleichheit für Kinder gefährden. Für die Gebührenfreiheit wollen wir die bei der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs

in Hessen frei werdenden Mittel in Höhe von 520 Millionen Euro verwenden.“

Die Abschaffung der Kita-Gebühren soll Familien entlasten, die in Hessen ohnehin sehr unterschiedliche Beiträge zahlen müssten. „In vergleichbaren Lebensverhältnissen variieren die Kosten eines Kitaplatzes je nach Kommune zwischen 150 und 800 Euro. Einige wenige Kommunen bieten jetzt

schon gebührenfreie Kitas an. Gerecht ist das nicht. Deshalb wollen wir mit diesem ersten Schritt ein klares Signal für Familien setzen“, sagte Schäfer-Gümbel. „Wir wollen ihnen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern und Politik für diejenigen machen, die hart arbeiten und dabei keinen Reichtum nach Hause bringen. Deshalb stehen wir für die Abschaffung der Kitagebühren.“

GRÜNE UND CDU GEGEN FAMILIENENTLASTUNG

Die schwarz-grüne Koalition hat die Entlastung von Familien durch gebührenfreie Kitas rundweg abgelehnt. Dabei hatte CDU-Ministerpräsident Volker Bouffier im Jahr 2013 hoch und heilig versprochen, zusätzliche Mittel aus dem Länderfinanzausgleich dafür

zu verwenden. Die Landtagswahl hatte er wörtlich zur „Abstimmung über kostenfreie Kita-Plätze“ erklärt. Nach der Wahl will die CDU davon nichts mehr wissen. Auch die Grünen erklärten ihre kategorische Ablehnung. Die FDP hingegen unterstützt das Anliegen der SPD.

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

KLARE HALTUNG GEGEN RECHTSRADIKALE

„Auch heute gilt der Anspruch: Kein Fußbreit den Faschisten. Deshalb danken wir den engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die in Büdingen klar gemacht haben, dass Neonazis weder eine schweigende Mehrheit hinter sich haben, noch eine qualifizierte Minderheit“, sagte **Thorsten Schäfer-Gümbel** in der Aktuellen Stunde des Landtags.



Die AfD bezeichnete er als „Rechtsradikale in Nadelstreifen, die ebenfalls unsere Demokratie gefährden“. „Wenn Frau Petry oder Frau von Storch über Schüsse auf Flüchtlinge fabulieren, zeigt die AfD das Gesicht der Unmenschlichkeit.“

MINDESTLOHN GUT FÜR ARBEITSMARKT

Der arbeitsmarktpolitische Sprecher **Wolfgang Decker** hat die Verbesserung des Arbeitsmarktes als „erfreulich“ bezeichnet. Der Hauptgrund sei die unverändert gute Konjunkturentwicklung der Bundesrepublik.



Darüber hinaus habe sich auch die Qualität der Arbeit verbessert. „Die Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Verhältnis zu den geringfügig bezahlten Jobs ist die herausragendste positive Entwicklung. Der gesetzliche Mindestlohn hat eine Eigendynamik von geringfügiger Beschäftigung hin zu sozialversicherungspflichtiger Arbeit entfaltet“, so Decker.

SOLIDARITÄT MIT KALI-BERGBAU

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, **Timon Gremmels**, hat den Beschäftigten der nord-ostthessischen Kali-Industrie die Solidarität der SPD versichert. Der Erhalt der 4.500 Arbeitsplätze müsse hohe Priorität haben und dürfe nicht gegen den Umweltschutz ausgespielt werden. Leider sei es nach 17 Jahren CDU geführter Landesregierungen nicht gelungen, gemeinsam mit K+S eine langfristige Lösung der Salzabwasserproblematik hinzubekommen.



SCHWIERIGER ASYLKOMPROMISS

Zum Asylpaket II der Großen Koalition sagte **Thorsten Schäfer-Gümbel**: „Solche Kompromisse sind der Natur nach Entscheidungen, bei denen sich keine Seite zu 100 Prozent durchsetzt und man Kröten im Interesse des Gesamtergebnisses schlucken muss.“ Es sei mit Blick auf Syrien ein schwer erträglicher Kompromiss, dass der Familiennachzug für subsidiär Schutzbedürftige um zwei Jahre ausgesetzt werde. Hingegen seien für die Integration von Flüchtlingen die Neuregelungen bei Ausbildung und Beschäftigung ein ganz wichtiger Fortschritt. Die Ausweitung des Konzepts der sicheren Herkunftsstaaten stelle den individuellen Rechtsanspruchs auf Asyl nicht infrage.

HAUPTSCHULE OHNE PERSPEKTIVE

Eine von der SPD gestellte Große Anfrage zur Zukunft der Hauptschule zeigt, dass diese Schulform keine Perspektive hat. Die SPD-Bildungspolitikerin **Kerstin Geis** stellte die Fakten dar:



In den vergangenen zehn Jahren habe sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die eine Hauptschule oder den Hauptschulzweig einer kooperativen Gesamtschule besuchen, halbiert. Im Schuljahr 2013/2014 hätten die Eltern von nur noch gut 1.200 Schülerinnen und Schülern den Bildungsgang Hauptschule gewählt. Davon seien knapp die Hälfte Kinder mit Migrationshintergrund. „Das ist ein auffälliger Befund. Denn in der Gesamtheit der hessischen Schulen beträgt der Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund laut Statistischem Landesamt im Schuljahr 2013/2014 rund 26 Prozent“, sagte Geis.

Jugendliche mit Migrationshintergrund erzielten insgesamt nach wie vor schlechtere schulische Ergebnisse als solche ohne Migrationshintergrund. „Dies beweist, dass in Hessen der Bildungserfolg nach wie vor vom Elternhaus abhängt und oft auch von dessen Geldbeutel. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund haben schwierigere Ausgangsbedingungen und erleben dadurch häufiger Benachteiligungen. Eine frühe und zielgerichtete Förderung erhöht von Anfang an die Chancengleichheit und führt zu besseren Bildungsabschlüssen. Dafür bedarf es aber einer entsprechenden Ausstattung bereits in der Grundschule.“

STELLENABBAU GEFÄHRDET INNERE SICHERHEIT

Die innere Sicherheit kann nur mit einer ausreichend ausgestatteten Polizei und Justiz gewährleistet werden. Diesen Aspekt rückte die innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Nancy Faeser in den Mittelpunkt ihrer Erwiderung auf die Regierungserklärung des Innenministers.

„Die hessische Polizei war schon vor der Flüchtlingssituation und der erhöhten Bedrohungslage

durch islamistischen Terror aufgrund des wachsenden Aufgabebereichs, der beispielsweise die Bekämpfung der Cyberkriminalität und Einsätze bei Großereignissen umfasst, hoch belastet.“ Die Landesregierung kompensiere diesen Aufgabenzuwachs jedoch nicht mit ausreichenden Stellen. Im Gegenteil: In den Jahren bis 2009 seien 720 Vollzugsstellen und 600 Stellen im Tarifbereich abgebaut wor-

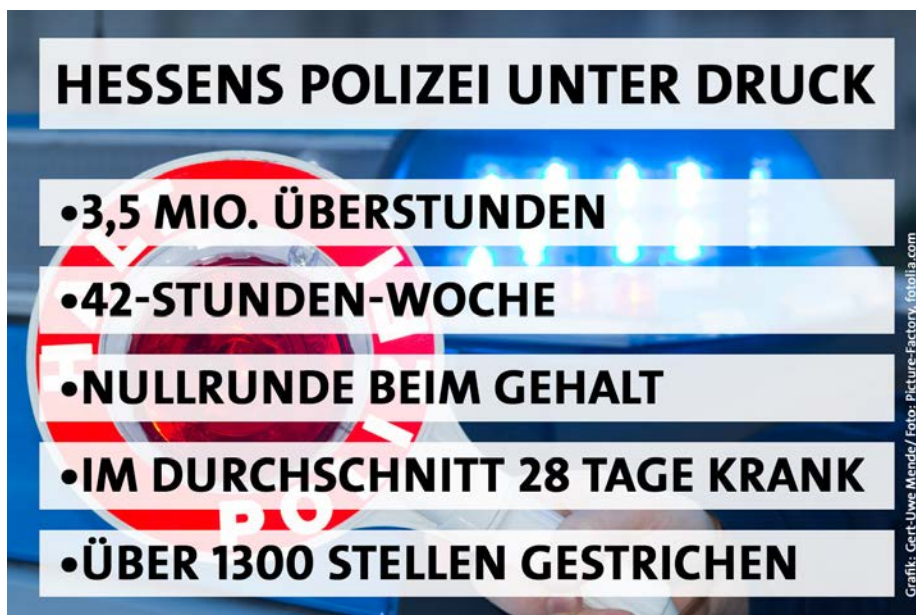


NANCY FAESER

FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

den. In dieser Wahlperiode würden weitere 147,5 Stellen gestrichen. Eine Statistik zur Polizeidichte in Deutschland belege, dass Hessen einen der letzten Plätze einnehme. Die schlechte Personalsituation spiegele sich auch in den 3,5 Millionen Überstunden wider.

Weiter kritisierte Faeser: „Die Nullrunde, ein Krankenstand von 28 Tagen und die hohe Wochenarbeitszeit von 42 Stunden verstärken den Unmut bei der Polizei. Wir sind froh, dass diese schlechten Rahmenbedingungen nicht die Einsatzbereitschaft der Polizei schmälert. Dies sieht man an der hohen Aufklärungsquote von 59,9 Prozent, die sich jedoch sicherlich nicht die Landesregierung auf ihre Fahnen schreiben kann.“



HOHER AUFWAND, GERINGER NUTZEN

Eine Große Anfrage der SPD zum Prüfungsbericht des Landesrechnungshofes zu Landesstiftungen bestätigt aus Sicht der Abgeordneten **Ulrike Alex**, dass hoher Aufwand einer geringen Förderung gegenüberstehe. Zum Beispiel seien durch die Stiftung „Miteinander Leben“ im Jahr 2014 circa 160.000 Euro an Förderungen ausgeschüttet, während für Vermögens- und Stiftungsverwaltung sowie Stiftungssitz Kosten in Höhe von ca. 450.000 Euro angefallen seien. Das Land stelle der Stiftung zudem 4,5 Vollzeitstellen zur Verfügung, die nur zu einem geringen Teil in Rechnung gestellt würden.



CHAOTISCHE AKTENFÜHRUNG

Offenkundige Probleme mit der Aktenführung in der Landesverwaltung hat eine Große Anfrage der SPD-Fraktion zutage gefördert. Die Mindeststandards einer wahrheitsgetreuen Aktenführung würden häufig nicht eingehalten. „Mittunter fehlen wesentliche Dokumente. Die Nachvollziehbarkeit des Verwaltungshandelns ist nicht immer einwandfrei gegeben. Vorgänge werden oft nicht revisionssicher gespeichert“, kritisierte die Abgeordnete **Angelika Löber**. Dies könne ein ordentliches, rechtsstaatliches Verfahren gefährden. Die SPD verlange eine vollständige Umsetzung des Aktenführungserlasses seitens der Landesregierung.



SCHWARZ-GRÜNE

KOMMUNALFEINDLICHKEIT

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Norbert Schmitt hat der Landesregierung vorgeworfen, in kaum zu überbietender Weise ihre Unterhaltungspflichten gegenüber den Kommunen zu vernachlässigen. „Es ist tolldreist, wenn die schwarz-grüne Koalition sich als Partner der Kommunen bezeichnet, da in der Geschichte Hessens keine Landesregierung so unfair mit den Städten, Gemeinden und Landkreisen umgegangen ist,



wie in den vergangenen Jahren“, sagte Schmitt. Bis zum Jahr 2000 hatten die hessischen Kommunen im Ländervergleich die drittniedrigsten Defizite. „Mit der Regierungsübernahme der CDU in Hessen begann das Elend für die Städte, Gemeinden und Landkreise. Explosionsartig stiegen die Defizite, vom drittbesten Platz fiel Hessen auf den dritt-schlechtesten Platz zurück.“ Die Beratungsgesellschaft Ernst & Young habe in ihrer Kommunalstudie vom September 2015 die Situation der hessischen Kommunen

wie folgt zusammengefasst: „Finanzlage desolat, keine Verbesserung in Sicht, massives Drehen an der Gebührenschaube“. Dies sei eine treffende Zusammenfassung. Die angebliche Partnerschaft des Landes mit den Kommunen sei geprägt vom Ausnutzen des schwächeren Partners. „Er wird finanziell ausgehungert, seine Konten werden geplündert. Er wird in die Verschuldung getrieben, um ihm gleichzeitig zügellose Verschwendung vorzuwerfen. CDU und Grünen fehlt die Empathie für kommunale Interessen.“

BAHNGIPFEL OHNE ERGEBNISSE

Fehlanzeige im Hinblick konkrete Ergebnisse sieht der SPD-Abgeordnete Uwe Frankenberger nach dem so genannten Bahngipfel von Ministerpräsident Bouffier, Verkehrsminister Al-Wazir und Bahn-Chef Grube. Viele geplagte Pendlerinnen und Pendler habe sehr verwundert, dass die



Landesregierung beim Bahngipfel die Verspätungen der S-Bahn nicht thematisiert habe. Auch die wichtig Schienen-Anbindung an das Terminal 3 sei nicht angesprochen worden. Schließlich sei bemerkenswert, dass entgegen der Praxis früherer Bahngipfel in Hessen, die Verkehrsverbände RMV, NVV und VRN bei der Vorbereitung und Durchführung dieses Gipfels nicht beteiligt waren. „Die Menschen im Land, die sich gerade von einer grünen Regierungsbeteiligung eine Wende beim ÖPNV erhofft haben, sind enttäuscht worden. Auch 2016 sind im Haushalt keine eigenen Landesmittel für den ÖPNV in Hessen vorgesehen. Aber spätestens in 2017 wird die Landesregierung diese Haltung einholen, denn die Erhöhung der Regionalisierungsmittel wird nicht ausreichen, um in Hessen einen qualitätsvollen ÖPNV zu gewährleisten.“

KEIN NUMERUS CLAUSUS FÜR GYMNASIEN

„Das freie Elternwahlrecht der Bildungsgänge steht für die SPD-Fraktion nicht zur Disposition. Der Versuch der FDP, faktisch einen Numerus Clausus für Gymnasien einzuführen, lehnen wir strikt ab“, sagte der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Christoph Degen zum Schulgesetz-Entwurf der FDP. „Die Einschränkung des Elternwillens ist keine Lösung für das Versagen der schwarz-grünen Koalition in Frankfurt, die es versäumt hat, genügend Gymnasialplätze zu schaffen und Schulverbände zu stärken.“ Ein Numerus Clausus für Gymnasien baue nur unnötig Druck auf und setze die Schülerinnen und Schüler bereits in der Grundschule vermehrt unter Stress und widerspreche damit der Forderung nach Chancengleichheit.



Impressum
 SPD-Fraktion im Hessischen
 Landtag
 Schlossplatz 1-3
 65183 Wiesbaden
 Redaktion:
 Gert-Uwe Mende
 (verantwortlich)
 Katja Apelt
 Gerfried Zluga
 Martina Häusl-David